

Apologie der Vorschule.

„Fort mit der Vorschule!“ ist das Feldgeschrei der Vorkämpfer der allgemeinen Volks- oder Einheitsschule. Man wirft ihr vor, sie sei eine Standesschule und verdanke ihr Entstehen und Gedeihen dem Standeshochmut und dem Geldsack; sie sei eine Nährwurzel des Kastengeistes und trage zur Fortdauer der sozialen Gegensätze in unserem Volke bei; sie zerreiße den organischen Zusammenhang zwischen Volksschule und höherer Schule, erschwere dem begabten armen Kinde den Eintritt in die letztere und damit den Weg zu den höheren Berufen und erleichtere ihn ohne Rücksicht auf seine Befähigung dem reichen und vornehmen Kinde.

In den folgenden Zeilen sollen diese Vorwürfe auf ihre Berechtigung untersucht werden. Prüfen wir darauf einmal den ersten an unseren Breslauer Vorschulen! Vorausschicken muß ich, daß dieser Name der neueren Zeit angehört, in der älteren heißen sie in den Akten des Magistrats die Elementarklassen der Gymnasien.

Die älteste solche Elementarklasse finden wir am Magdalenen-Gymnasium. Sie wurde im Jahre 1825 auf den Antrag des Gymnasialkuratoriums von den städtischen Behörden für Kinder aus den mittleren und höheren Ständen errichtet, weil es für diese noch an öffentlichen Elementarunterrichtsanstalten fehlte, während für die weniger bemittelten Kinder durch sieben Elementarschulen und für die ganz armen durch mehrere Armenschulen von der Stadt schon gesorgt war. Das niedere Schulwesen Breslaus lag damals nämlich zum großen Teile in der Hand von Privatunternehmern, Theologen, Schreibern, Handwerkern usw., die auf den Ertrag des Schulgeldes angewiesen waren, und bot ein durchaus unerfreuliches Bild. Im Jahre 1816 waren 27 Privatinstitute vorhanden, von denen einige für höhere Schulen vorbereitet. Dem elementaren Privatschulwesen war durch Errichtung städtischer Elementarschulen, von denen die ersten vier im Jahre 1817 gegründet wurden, Einhalt getan worden, nun sollte auch das höhere Privatschulwesen eingeschränkt werden. Viele Eltern, die ihre Kinder aus Mangel an Unterkommen in teure Privatinstitute schicken mußten, wünschten, um den unmäßigen Forderungen derselben zu entgehen, daß ein Gymnasium durch Elementarklassen erweitert würde, und so kam es zu dem Beschlusse der städtischen Behörden, eine solche Klasse mit dem Magdalenenäum zu verbinden. Das Schulgeld wurde auf 20 Sgr. und einige Jahre später auf 1 Taler monatlich festgesetzt, während in den Privatinstituten 3 Taler gefordert und noch manche andere Ansprüche gemacht wurden. Schon im Jahre 1828 mußte diese Elementarklasse geteilt werden, weil sie Schüler von 5 bis 10 Jahren hatte, die in zwei Abteilungen neben einander unterrichtet wurden. Die dritte Klasse kam erst nach längerer Zeit, im Jahre 1842, hinzu. Es gab nämlich, wie aus einem Bericht des Direktors Schönborn an den Magistrat aus dem Jahre 1841 hervorgeht, immer noch Eltern, die in dem Vorurteil befangen waren, ihre Kinder könnten nur in Privatinstituten und durch Privatunterricht eine genügende Vorbildung für höhere Schulen erlangen. Da diese Ansicht infolge des persönlichen Vertrauens zu den Gebrüdern Seltzsam, den Lehrern der beiden Elementarklassen des Gymnasiums, und der guten Leistungen der Schüler sich seit kurzem zu Gunsten der Schule geändert hatte, so empfahl Schönborn die Errichtung der dritten Klasse als ein sicheres Mittel gegen die Privatinstitute. Daß der Privatunterricht von dem gebildeten Publikum

vielfach noch bevorzugt wurde, erkennen wir auch aus einer Bemerkung des Direktors Wimmer im Programm des Friedrichsgymnasiums vom Jahre 1845. Er tadelt darin das Verfahren vieler Eltern, ihre Söhne erst in die Quarta oder Tertia oder gar Sekunda des Gymnasiums eintreten zu lassen, das für das gleichmäßige Fortschreiten derselben keineswegs ersprießlich, für die Anstalt selbst aber und den gleichmäßigen Gang des Unterrichts störend und nachteilig sei. Auch das Friedrichsgymnasium hatte deshalb Michaelis 1844 eine Vorbereitungs-klasse für die Sexta erhalten. Am Elisabetan, das damals noch seine alten Räume an der Elisabetkirche innehatte, wurde die erste Elementar-klasse Michaelis 1845 errichtet. Sie war ein Bedürfnis, denn die Bevölkerung hatte zugenommen und in der Nähe des Gymnasiums fehlte es an einer Elementarschule. Da die Schüler dieser Klasse auch wie bei Magdalene $5\frac{1}{2}$ bis 11 Jahre alt waren, wurde sie schon im nächsten Jahre geteilt und Ostern 1847 die dritte Klasse hinzugefügt. Aus diesen Einzelheiten ist ersichtlich, daß die Gründung der älteren Breslauer Vorschulen nicht gegen die Elementarschule, sondern gegen die Privatschule gerichtet war, und es bestätigt sich also hier, was der Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Dr. Köpke bei der Debatte über den Antrag Ernst und Genossen „Die Lehrpläne der Volksschule und der höheren Lehranstalten in organische Verbindung zu bringen und die bei den staatlichen höheren Lehranstalten noch bestehenden Vorschulen allmählich aufzuheben“ in der Sitzung des Abgeordneten-hauses vom 11. April 1907 äußerte, nämlich daß die Übelstände, die mit den Privatschulen verbunden waren, der leidige Wettbewerb der Unternehmer und die Schwierigkeit der Beaufsichtigung zur Gründung der Vorschulen geführt haben, nicht etwa ein herabsetzendes Vorgehen gegen die Volksschule.

Auch bei der Errichtung der jüngeren Vorschulen Breslaus hat niemand daran gedacht, Sonderanstalten für das hohe Beamtentum und für Geldprotzen zu schaffen, sondern pädagogisch-didaktische Gründe sind dabei entscheidend gewesen, wie sie heute noch bei der Gründung von Vorschulen den Ausschlag geben. Die in die Sexta eintretenden Schüler sollen einerseits im Deutschen in orthographischer Hinsicht wie in grammatischer so weit vorgebildet sein, daß der fremdsprachliche Unterricht sogleich darauf fußen kann, andererseits soll ihre Ausbildung eine möglichst gleichmäßige sein, damit mit der Einrichtung der Schüler in die neuen Verhältnisse nicht zu viel kostbare Zeit verloren geht. Aus eigener Erfahrung weiß ich aus der Zeit, wo das Realgymnasium am Zwinger noch keine Vorschule hatte, wie große Mühe es in den ersten Wochen und Monaten gemacht hat, 40 bis 50 aus verschiedenen Schulen in die Sexta aufgenommene Schüler zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuarbeiten. In der Beilage zum Jahresbericht des Gymnasiums zu Rössel in Ostpreußen Ostern 1905 gibt Oberlehrer August Schaefer unter dem Titel „Erfahrungen aus der Sexta eines Gymnasiums ohne Vorschule“ einem jungen Lehrer, dem von seinem Direktor der Unterricht im Deutschen, Lateinischen und Rechnen in Sexta übertragen worden ist, gute Ratschläge und schildert den Unterschied zwischen der Sexta eines Gymnasiums mit Vorschule und der eines Gymnasiums ohne eine solche folgendermaßen: „Ja, wenn eine Vorschule oder auch nur eine Vorschulklasse vorhanden ist, da tritt man in die Sexta wie in einen wohlgepflegten Garten mit schön geebneten Wegen und gleichmäßig beschnittenen Hecken, aber hier! — Da kommen Jungen aus der Dorf- oder Stadtschule mit mehr oder minder brauchbaren Kenntnissen; andere sind privatim vom Hauslehrer oder gar von der Bonne alias Gouvernante vorgebildet, und noch andere haben den Anfangsunterricht in einer Privatschule ihres Heimatstädtchens bei irgend einem geistlichen Herrn genossen oder auf dem Gute beim Dorfschullehrer. Es ist ein ziemlich buntscheckiges Völkchen, das zum Teil noch garnicht das Innere einer Schule gesehen hat und das Du nun in die ersten Mysterien des Gymnasialunterrichts einzuführen berufen bist.“

In Bezug auf den Rechenunterricht sagt Schaefer: „Dein Anfangsunterricht in der gewichtigen Mathematik hat sich zunächst mit dem einfachsten Zahlenschreiben und -lesen zu beschäftigen, woran sich die bekannten Rechenspezies mit unbenannten Zahlen schließen, alles Dinge, die man sonst mit

der Septima für abgeschlossen hält, aber bei Dir — na Du weißt ja. Wohl Dir, wenn Du bis zu den Sommerferien mit diesem Vorschulpensum fertig bist, mit der Sicherheit wird es wohl auch später noch seine Bewandnis haben.“

Um einmal festzustellen, inwieweit hohes Beamtentum und Reichtum in den 11 Vorschulen Breslaus vertreten sind, habe ich im vorigen Sommer die Direktoren um Auskunft gebeten, welchen Berufskreisen ihre Vorschüler angehören. Das Resultat war folgendes: Unter den Vätern der 1499 Vorschüler befanden sich 92 höhere, 283 mittlere und 88 untere Beamte, 14 Offiziere, 58 Ärzte, 35 Rentner, 33 Landwirte, 540 Kaufleute, 56 Fabrikbesitzer, 195 Gewerbetreibende, 104 Handwerker und 1 Privatgelehrter. Der Kaufmannsstand ist also am stärksten auf unseren Vorschulen vertreten, aber die zu ihm gehörigen Väter sind doch nicht alles reiche Großkaufleute; Gewerbetreibende und Handwerker sind zusammen 299, mittlere und niedere Beamte 371. Schon die beiden letzten Gruppen machen ungefähr 45 % der Gesamtsumme aus. Man kann also nicht sagen, daß die Breslauer Vorschulen ihr Gedeihen dem Standeshochmut und dem Geldsack verdanken, auch die mittleren Bevölkerungsklassen schicken, wie dies der Landtagsabgeordnete Dr. Krüger (Marienburg) in seiner Rede hervorgehoben hat, ihre Kinder in die Vorschulen, um sie für eine höhere Bildung vorbereiten zu lassen. Demnach muß ich den ersten der Vorwürfe, die der Vorschule gemacht werden, wenigstens was die Breslauer Verhältnisse betrifft, als unberechtigt zurückweisen.

Ferner wird der Vorschule vorgeworfen, sie sei eine Nährwurzel des Kastengeistes und trage zur Fortdauer der sozialen Gegensätze in unserer Volksseele bei. Es wird dabei immer auf Baden, Bayern, Westfalen und die Schweiz hingewiesen als auf Länder, wo es keine Vorschulen, sondern nur Volksschulen gebe. Hat dieser Umstand Einfluß auf die sozialen Zustände der genannten Länder? Der Gedanke lag nahe, darüber einmal die Ansicht von dort heimischen Fachgenossen zu hören. Ich wandte mich deshalb nach Karlsruhe, Coesfeld, München und Zürich. Karlsruhe und Coesfeld sprachen sich dahin aus, daß bei ihnen die allgemeine Volksschule zur Milderung der Gegensätze beitrage. München antwortete: „Die allgemeine Volksschule gilt hier allseits als ein bedeutsamer sozialer Faktor, dessen ausgleichende Wirkung nicht zu leugnen ist, wenngleich sie vielfach überschätzt wird, da das Zusammensein in der Volksschule doch nur 3 bis 4 Jahre währt.“ Andere Stimmen aus Bayern versichern dagegen, sie hätten weder für sich persönlich noch sonst im allgemeinen aus dem mehrjährigen Besuch der Volksschule eine Förderung des sozialen Empfindens hervorgehen sehen, und zugeben mußte ein zweiter Fachgenosse aus München, daß in den Industriestädten Bayerns, wie z. B. in Nürnberg, trotz der allgemeinen Volksschule die Gegensätze, geschürt, wie er sagte, durch die Sozialdemokratie, scharf zutage treten. Zürich schrieb: „Ganz gewiß trägt der Besuch der gemeinschaftlichen Volksschule ungemein viel zur Milderung der Klassengegensätze bei. Daß wir die Kluft zu überbrücken vermögen, bilden wir uns ja nicht ein, aber daß die Volksschule das beste Mittel zu gegenseitigem Verständnis ist, unterliegt keinem Zweifel. Ich möchte Ihnen gerne in einer unserer Schulen zeigen, wie der Sohn des Fabrikanten neben dem Sohne des Straßenkehrers sitzt und wie sie zusammen verkehren, wie Schweizerkinder aus soliden Verhältnissen die Kinder italienischer Handlanger schätzen, sofern diese sich als intelligent und fleißig zeigen, was sehr häufig der Fall ist. Wie gesagt, alle Gegensätze besiegen wir durchaus nicht und werden sie nie besiegen, aber doch sehr viele.“ Auf meine Frage, ob nicht der arme Junge von Neid erfaßt werde, wenn er das wohlhabende Kind besser gekleidet und ein reichlicheres Frühstück verzehren sehe, und ob es wahr sei, daß deshalb in einzelnen Lehranstalten aus allgemeinen Mitteln ein einfaches Frühstück verabreicht werde, lautete die Antwort: „Ich glaube, daß durch die Volksschule viel mehr Zufriedenheit als Unzufriedenheit hervorgerufen wird. Den Neid schaffen wir nicht aus der Welt; indessen wird das Kind des besser Gestellten bescheidener, wenn es mit Armen zur Schule geht und deren Lebensweise kennen lernt. Mit dem Verabreichen eines Frühstücks

(Milch und Brot) um 10 Uhr machen wir erst Versuche; die Sache ist noch nicht spruchreif. Auch hier haben sich schon Schattenseiten gezeigt; es gibt träge Mütter, die ihre Kinder aus Faulheit ohne Frühstück zur Schule schicken; es wird ja dort schon für sie gesorgt.“ Wie man sieht, spricht sich diese Stimme aus der Schweiz am günstigsten und mit großer Wärme über die Wirkungen der allgemeinen Volksschule auf das soziale Empfinden der Menschen aus. Aber trotz dieser Volksschule, die die Kinder vom 6. bis zum 12. Lebensjahre, also volle 6 Jahre, gemeinsam erzieht, ist doch in der Schweiz eine sozialdemokratische Partei entstanden, die nach den Zeitungen kürzlich 7 Mitglieder in den Nationalrat geschickt hat. Auch die anderen genannten Länder, Baden, Bayern, Westfalen, haben ihre sozialdemokratische Partei und ihre Klassengegensätze, ein Beweis, daß die Einflüsse des späteren Lebens mächtiger sind als die Eindrücke der ersten Schuljahre, und darum würde auch die Aufhebung der Vorschulen den gehofften sozialen Frieden nicht bringen. Vielleicht würden dadurch in unseren großen Städten die Gegensätze noch verschärft werden. Breslau hatte am 1. Mai vorigen Jahres 68 Volksschulen für Knaben, also 204 letzte, vorletzte und drittletzte Klassen. Verteilt man auf diese die oben angegebenen 1499 Vorschüler, so kommen auf jede Klasse 7 Schüler. Welche Wirkungen auf den Ausgleich der Gegensätze kann man davon erwarten? Wahrscheinlich wird die Minorität gegen die Majorität zusammenhalten und der Unterschied noch empfindlicher werden. Sicherlich aber würden nach Aufhebung der Vorschulen wieder Privatschulen entstehen, wie dies die Stadt Barmen beweist, wo der Stadtrat entgegen dem Gutachten des Gymnasialdirektors Evers, der es in seinem Jahresbericht von 1896 mitteilt, die Vorschule aufgehoben und ein Lehrer derselben dafür eine Privatschule errichtet hat, die sich eines blühenden Zustandes erfreut. Privatschulen aber werden leicht zu Standesschulen, wie wir es in Bremen sehen, das statt der Vorschulen Privatschulen hat, die je nach der Höhe des Schulgeldes fein oder weniger fein sind und eine scharfe Scheidung der Gesellschaftsklassen aufweisen. Schließlich will ich noch den Irrtum der Gegner der Vorschule berichtigen, daß in den genannten Ländern ihr Ideal von der einen und allgemeinen Volksschule verwirklicht sei. Westfalen hat seine Familienschulen, Bayern Privatschulen, Baden niedere und gehobene Volksschulen, Braunschweig, wo es auch keine Vorschulen gibt, mittlere und untere Bürgerschulen, und selbst Zürich läßt Privatschulen zu, die mit Vorliebe von Deutschen aufgesucht werden — sogar von Sozialdemokraten! —, weil sie entweder zur Volksschule kein Zutrauen haben oder von der Geschlechtervereinigung, wie sie in Zürich mit Ausnahme der Altstadt besteht, Böses erwarten, überhaupt, wie mein Gewährsmann schreibt, für republikanische Auffassung keinen Sinn haben. Daß in Zürich der Fabrikantensohn neben dem Straßenkehrerssohn auf der Schulbank sitzt und in München, wie gerühmt wird, der Ministerssohn mit dem Arbeiterssohn dieselbe Schulbank teilt, kann in einzelnen Fällen wohl vorgekommen sein, die große Masse aber der Schüler hat das soziale Gepräge, das der Stadtgegend entspricht, wo die Schule liegt. Zürich III z. B. ist Arbeiterquartier, Zürich II Rentierquartier, Zürich V Quartier des Mittelstandes, und da jeder Schüler das Schulhaus seines Wohnkreises besucht, so weisen die Schulen dementsprechende soziale Verschiedenheiten auf. In den Peripherieschulen Münchens, die als die neueren architektonische Prachtbauten sind und in der Einrichtung allen denkbaren Anforderungen entsprechen, findet man ausnahmslos Kinder der unteren Stände. Größere Mischung zeigen die inneren Schulen; in einzelnen an der Grenze zwischen gegensätzlich gearteten Stadtvierteln gelegenen Schulen ist, so schreibt mein Gewährsmann, das Teilen der gleichen Schulbank durch Ministers- und Arbeiterssohn wohl schon Wirklichkeit gewesen und denkbar. Wir haben gesehen, daß in den genannten Ländern der vier- bis sechsjährige gemeinsame Unterricht in der allgemeinen Volksschule auf die Lebensauffassung vieler keinen Einfluß hat, und der nur dreijährige Besuch der Vorschule sollte bis ins spätere Leben nachwirken und zur Fortdauer der sozialen Gegensätze beitragen? Wer erinnert sich noch seiner ersten Schuljahre und der Mitschüler, die er gehabt hat? Die Vorschüler gehen ja in

die höhere Schule über und hier finden sie sich mit arm und reich, hoch und niedrig zusammen und erfahren, daß die Schüler nicht nach äußeren Unterschieden, sondern nach Betragen und Leistungen beurteilt und behandelt werden. Der Vorwurf, die Vorschule sei eine Nährwurzel des Kastengeistes, ist gehässig und unberechtigt. Viele von den Kindern haben in ihrer Harmlosigkeit überhaupt noch keine Ahnung von Standesunterschieden.

Endlich wird der Vorschule noch vorgeworfen, sie zerreiße den organischen Zusammenhang zwischen Volksschule und höherer Schule, erschwere dem begabten armen Kinde den Eintritt in die letztere und damit den Weg zu den höheren Berufen und erleichtere ihn ohne Rücksicht auf seine Befähigung dem reichen und vornehmen Kinde. Diese Ungleichheit soll durch den schon erwähnten Antrag von Ernst und Genossen beseitigt werden. Die Antragsteller wollen, daß der Lehrplan der Volksschule so umgeändert werde, daß die Schüler nach drei Jahren wie die Vorschüler in die höhere Schule übergehen können, sind indessen auch damit einverstanden, wenn der Lehrplan der Vorschule dem der Volksschule angepaßt und auf vier Jahre ausgedehnt wird; es soll nur kein Unterschied zwischen reich und arm stattfinden. Nach dem Urteil von Lehrern der Volksschule ist der erste Vorschlag in den Landschulen überhaupt nicht ausführbar und in den Stadtschulen nur in den in den besseren Stadtgegenden gelegenen unter folgenden Bedingungen: 1. Die Volksschulen müssen mindestens sechsklassig sein. 2. Die Realien müssen wegfallen und die dadurch gewonnenen Stunden auf Deutsch und Rechnen verwandt werden. 3. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden muß dieselbe wie jetzt sein. 4. Der Unterricht darf nicht Anfängern, die häufig wechseln, übertragen werden, sondern muß in die Hand von Lehrern gelegt werden, die über eine längere Erfahrung wie unsere Vorschullehrer gebieten. Nicht ausführbar ist der Vorschlag in den Peripherieschulen, deren Schüler zu Hause zu schlechtes Deutsch hören. Man würde also auf diese Weise zu gehobenen und niederen Volksschulen kommen, die Einheitlichkeit aufgeben und die Vorschulen in anderer und schlechterer Form wieder ins Leben rufen, insofern sie nicht mehr in unmittelbarer Verbindung mit den höheren Schulen stünden. Der Abgeordnete Hilbeck hat übrigens in der schon erwähnten Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärt, in den Volksschulen Dortmunds wäre es nicht gelungen, die Schüler ohne Nachhilfe in drei Jahren so weit zu fördern, daß sie in die höheren Schulen aufgenommen werden konnten. In Bayern müssen die Schüler 4 Jahre die Volksschule bis zum Eintritt ins Gymnasium besuchen, in Karlsruhe $3\frac{1}{2}$ Jahr. Hier schließt in der Seminarschule das Schuljahr zu Ostern, und da es im Gymnasium erst im September beginnt, werden die Schüler, die aufs Gymnasium gehen wollen, noch ein halbes Jahr im Pensum des vierten Volksschuljahres unterrichtet, wobei fleißig repetiert wird. In Zürich werden die Schüler nach sechsjährigem Besuch der Volksschule zunächst nur probeweise ins Gymnasium aufgenommen und nach etwa einem Vierteljahr wird entschieden, ob sie auf dem Gymnasium bleiben können oder in die Sekundärschule (etwa unsere Realschule) übertreten müssen.

Durch den zweiten Vorschlag würden die Vorschüler, die im ganzen doch befähigter sind und für deren Fortschritte sich die Eltern interessieren, in ihrer geistigen Entwicklung zurückgehalten, der Unterricht würde ihnen langweilig werden und ihr Lerneifer erkalten. Ohne Not würde die Schulzeit um ein Jahr verlängert werden. Die Väter würden sich 300 Mark Schulgeld in der Vorschule ersparen, aber ihre Söhne ein Jahr länger auf dem Gymnasium erhalten müssen vielleicht gerade zu einer Zeit, wo sehnlichst gewünscht wird, sie im Leben untergebracht zu haben. Man könnte hier einwenden, in Westfalen kämen ja alle Schüler erst nach vierjährigem Besuch der Volksschule aufs Gymnasium. Gewiß. Aber bei der jetzt verlängerten Studienzeit ist es doch nicht erstrebenswert, auch die Schulzeit ohne zwingende Gründe zu verlängern und die Möglichkeit des Eintritts in ein Amt noch weiter hinauszuschieben. Am 1. Februar 1906 betrug in 16 von 35 Lehranstalten Westfalens das Durchschnittsalter in Prima 20 bis 21 Jahre, in 17 19 bis 20 Jahre und in 2 18 bis 19 Jahre, dagegen in 7

von 20 Berliner Anstalten mit Vorschule 19 bis 20 Jahre, in 11 18 bis 19 und in 2 17 bis 18 Jahre. Andere Vorschläge, die in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. April 1907 namentlich vom Abgeordneten Cassel zur Annäherung der beiderseitigen Lehrpläne gemacht wurden, wie z. B. die Anforderungen für die Sexta zu ermäßigen und das, was in der Volksschule in drei Jahren nicht geleistet wird, in Sexta nachzuholen oder die Schulzeit von neun auf acht Jahre herabzusetzen, bergen die Gefahr in sich, daß die Sexta überlastet oder das jetzige Ziel der Schulen nicht mehr erreicht wird. In der Schweiz allerdings beträgt die Schulzeit im Gymnasium, je nachdem die Schüler in den einzelnen Kantonen nach vollendetem vierten, fünften oder sechsten Schuljahre aus der Primarschule in die höhere übergehen, 8, $7\frac{1}{2}$, 7 oder $6\frac{1}{2}$ Jahr, aber man klagt doch vielfach über Überlastung im Gymnasium, während die geweckten Schüler durch den bis zum zwölften Lebensjahre ausgedehnten Volksschulunterricht zu wenig geistig angestrengt werden.

Man sieht, die organische Verbindung zwischen der höheren Schule und Volksschule läßt sich auf den angegebenen Wegen ohne Schaden für den einen oder den anderen Teil nicht herstellen. Die einzig richtige Verbindung zwischen dem Vorunterricht und dem höheren Schulunterricht ist eben unsere Vorschule. Ob überhaupt der Volksschule mit der Rücksichtnahme auf die höhere gedient ist, entzieht sich meiner Beurteilung. Die Volksschule braucht ihrem Wesen nach keinen großen Wert auf die Grammatik zu legen, und doch muß die Breslauer siebenklassige Volksschule in ihrer vierten Klasse der Knaben wegen, die auf höhere Schulen übergehen, ein ganz ansehnliches Pensum in der Sprachlehre und Rechtschreibung bewältigen.

Die Erschwerung des Eintritts in die höhere Schule für das arme Kind wird von den Verteidigern der Volksschule darin gesehen, daß es erst nach vierjährigem Besuch derselben in die höhere Schule aufgenommen werden kann, eine Aufnahmeprüfung bestehen muß und möglicherweise wegen Überfüllung der Klasse durch die aus der Vorschule Versetzten garnicht aufgenommen wird, während das reiche Kind nach einem für die höhere Schule besonders zugeschnittenen Lehrplane unterrichtet wird und nach drei Jahren ohne Aufnahmeprüfung in die Sexta übergeht. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß auch manches Kind der Vorschule $3\frac{1}{2}$ oder 4 Jahre bis zur höheren Schule braucht, ja, manches muß zum Schmerze der Eltern wieder abgehen, weil es überhaupt nicht mitkommt, und selbst wenn so schwachbegabte Schüler mit Not und Mühe in die Sexta versetzt werden, ihres Bleibens ist in der Regel doch nicht lange auf der Schule. Solche Schüler überholt das begabte Kind der Volksschule, auch wenn es vier Jahre in ihr hat zubringen müssen. Von den Abiturienten meiner Anstalt zu Michaelis 1905 ist einer nach $4\frac{1}{2}$ jährigem Besuch der Volksschule mit 19 Vorschülern in die Sexta eingetreten. Von diesen 19 gingen 4 bald ab, 11 ließ er in den Quartern zurück, 1 in der Untertertia und nur mit dreien ist er bis zum Examen regelmäßig weiter gegangen. Diese drei haben von unten auf 12 Jahre bis zum Examen gebraucht, zwei andere Abiturienten desselben Termins $13\frac{1}{2}$ Jahr, also genau so viel wie der erste, der nicht die Vorschule besucht hat. Wäre der letztere nach 4 Jahren Volksschule in die Sexta eingetreten statt nach $4\frac{1}{2}$, so hätte er sogar das Ziel ein halbes Jahr früher erreichen können als die beiden aus der Vorschule. Der begabte Schüler der Volksschule findet in unseren Schulen immer bereitwillige Aufnahme und wird, wenn es nötig ist, gern durch Freischule, Bücher und Stipendien unterstützt. Freilich darf nicht verschwiegen werden daß manchem als begabt angesehenen Schüler der Volksschule auf der höheren Schule namentlich in den oberen Klassen die Kraft versagt, während mancher in der Vorschule und in den unteren Klassen für wenig begabt gehaltene sich später so zusammenrafft, daß er etwas ganz Tüchtiges leistet.

Dem Vorschlage, den Morsch in seinem Buche „Das Höhere Lehramt in Deutschland und Österreich,“ Ergänzungsband, Seite 14, macht, Vorschüler und Nichtvorschüler, um eine gewisse ausgleichende Gerechtigkeit walten zu lassen, einer durchaus gleichen, eingehenden Aufnahmeprüfung

für die Sexta zu unterziehen, kann ich aus technischen Gründen nicht beistimmen. Wann soll die Prüfung vor sich gehen? Am Ende des Schuljahres würden möglicherweise die fremden Schüler noch nicht alle zur Verfügung stehen. Es müßte also eine Nachprüfung stattfinden. Bis zum Anfange des neuen Schuljahres aber kann man die eigenen Schüler über ihre Versetzung nicht im ungewissen lassen. Wie soll das Prüfungsgeschäft bewältigt werden, wenn, wie bei unseren Realschulen, sich über 100 zur Aufnahme melden, wozu noch 50 und mehr eigene Schüler kommen? Auch würde jede Rücksicht, die sonst auf fremde Schüler genommen wird, weil sie befangen und anders vorgebildet sind, aufhören müssen, und sehr fraglich ist es, ob die Volksschüler bei einer solchen gemeinschaftlichen Prüfung gut abschneiden würden.

Noch will ich darauf hinweisen, daß es sehr schön klingt, wenn es heißt, durch die allgemeine Volksschule werde der Weg zu den höheren Berufen verbreitert. Es kann dadurch auch sehr leicht eine Überfüllung derselben hervorgerufen werden, die die Wohlhabenden abwarten können, nicht aber die Unbemittelten, aus denen dann ein gelehrtes Proletariat entsteht, das mit seiner Lage noch unzufriedener ist als das wirkliche Proletariat. Es ist also manchmal gar keine Wohltat, arme Schüler den höheren Berufen zuzuführen. Im Sommer 1878 zählte man auf den deutschen Universitäten 18 584 Studenten, im Sommer 1908 47 799. Augenblicklich hat schon der bisherige Weg zu den höheren Berufen in einigen zur Überfüllung geführt, und vor der Wahl eines technischen Berufes wird sogar durch eine Schrift des Bundes der technisch-industriellen Beamten gewarnt.

Zuletzt will ich auch noch auf den Geldpunkt aufmerksam machen. Im Rechnungsjahre 1907 wurden bei den Vorschulklassen der 9 höheren städtischen Anstalten Breslaus 105 653 Mark vereinnahmt, eine hübsche Summe, die freiwillig von denen aufgebracht worden ist, die ihre Kinder auf die Vorschulen geschickt haben. Werden diese aufgehoben, dann fehlt das Geld an der Gesamteinnahme und muß auf alle, auch auf die schwachen Schultern verteilt werden.

Ich glaube, bei der Untersuchung der Vorwürfe, die der Vorschule gemacht werden, objektiv verfahren zu sein und nachgewiesen zu haben, daß sie nicht berechtigt sind. Ich muß mich daher gegen die Aufhebung derselben erklären und schließe mich den Worten des Abgeordneten Dr. Dittrich (Braunsberg) an, mit denen er seine Rede im Abgeordnetenhaus beendete: „Also so viel Bestechendes — ich möchte sogar sagen — so viel idealen Gehalt der Antrag Ernst und Genossen an sich zu haben scheint, wenn man ihn unter die Sonde nimmt und prüft, dann muß man doch zu der Meinung kommen, es ist besser, wir lassen es bei den gegenwärtigen Zuständen und sorgen dafür, daß alle Arten von Schulen sich in ihrer Eigenart entwickeln und ihren Zielen zustreben zum Wohle der Jugend und zum Wohle des Gemeinwesens.“

Benutzt wurden: Die Akten des Magistrats von Breslau, die mir mit der größten Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt wurden. G. Kynast, Geschichte des Breslauer Volksschulwesens. Sendler und Kobel, Übersichtliche Darstellung des Volkserziehungswesens der europäischen und außereuropäischen Kulturvölker. Der Sitzungsbericht des Abgeordnetenhauses vom 11. April 1907. Die Jubiläumsschriften des Magdalenenäums und des Elisabetans. H. Morsch, Das Höhere Lehramt in Deutschland und Österreich. H. Müller, Die Gefahren der Einheitsschule für unsere nationale Erziehung. Bericht über die Deutsche Lehrerversammlung in Dortmund, Pfingsten 1908. Der Jahresbericht des hiesigen Friedrichsgymnasiums 1845, des Gymnasiums in Barmen 1896 und des Gymnasiums in Rössel 1905.

